

# Arbeiterblatt

der  
PROLETARISCHEN VEREINIGUNG OESTERREICHS

Nummer 54

Juli 1953

## L o h n p o l i t i k

Kapitalistische Lohnpolitik hat zum obersten Grundsatz: möglichst grossen Mehrwert herausholen aus den Arbeitern.

Dagegen proletarische Lohnpolitik im kapitalistischen Staat darf nie und nimmer geleitet sein von dem Grundsatz, dem kapitalistischen Ausbeuter - sei er Einzelperson, kapitalistische Gruppe oder im kapitalistischen Staat zusammengefasste Kapitalistenklasse, - möglichst grossen Mehrwert zu sichern.

### I.

Die kapitalistisch produzierte Ware muss verkauft werden. Zu Preisen, die den Kapitalisten den Wert der zu ihrer Erzeugung aufgewendeten Produktionsmittel aller Art und der ausbezahlten Löhne ersetzen und darüber hinaus den Mehrwert in Geldform einbringen, das ist den Profit. Die Kapitalisten kämpfen um die Teilung des gesellschaftlichen Mehrwerts den Konkurrenzkampf. Diejenigen unter ihnen, die unter besonders günstigen Produktions- und Verkaufsbedingungen kämpfen, holen Extraprofite herein. Die andern Kapitalisten teilen den Rest untereinander, müssen sich mit dem Durchschnittsprofit begnügen. Die Kapitalisten müssen die wechselnden Konkurrenzbedingungen streng beachten und sie tun das auch, insbesondere in ihrer Preispolitik und in ihrer Lohnpolitik.

### II.

Allein hat proletarische Lohnpolitik im kapitalistischen Staat auf die kapitalistische Konkurrenz grundsätzlich Rücksicht zu nehmen? Genauer: Darf sie zum Leitsatz haben, die Löhne immer wieder in solchen Schranken zu halten, die dem

Kapitalisten selbst bei ungünstigen Konkurrenzbedingungen mindestens den Durchschnittsprofit sichern? Allgemein gesprochen: Hat proletarische Lohnpolitik im kapitalistischen Staat so zu operieren, dass sie dem Kapitalisten den Konkurrenzkampf erleichtert, damit er mindestens den Durchschnittsprofit erziele, seine Existenz als Kapitalist weiter behauptet - und kapitalistischer Export ist nichts als Konkurrenzkampf mit auswärtigen Kapitalisten - i n d e m sie die Interessen des Lohns den Interessen des Profits u n t e r - o r d n e t ?!

Das darf proletarische Lohnpolitik grundsätzlich nicht, sonst wird sie zum Verrat an den Lohninteressen der Arbeiter, Angestellten, zu Gunsten der Ausbeuter.

### III.

Gerade diesen Verrat betreibt die Lohnpolitik der Gewerkschaftsbürokratie, SP, LP. Begreiflicherweise suchen sie das möglichst zu verschleiern.

1. "Die Interessen der Arbeiter zu vertreten, dabei aber auch auf die Interessen der Volkswirtschaft Bedacht zu nehmen" - das ist die d o p p e l t e Aufgabe, die die Gewerkschaft in ihrer Lohnpolitik zu lösen hat", verkündet die Arbeiterzeitung 14. Mai 1953. Die Gewerkschaft müsse Beides berücksichtigen, sowohl die Interessen der Arbeiter als auch die "Interessen der Volkswirtschaft", wobei die AZ bewusst betrügerisch verschweigt, dass es um die Interessen der kapitalistischen Volkswirtschaft geht, das ist um die Wirtschaftsinteressen der Kapitalistenklasse, um die Profitinteressen der Bourgeoisie.

2. Der Arbeiter, Angestellte lebt vom Lohn, er muss die Lohninteressen

grundsätzlich den Profitinteressen überordnen! Die Lohnpolitik der Gewerkschaftsbürokratie, SP, LP stellt Lohninteressen und Profitinteressen in Worten nebeneinander, als "doppelte Aufgabe", die erfüllt werden müsse. Doch gerade darauf kommt es an, ob der Lohn dem Profit übergeordnet oder untergeordnet wird! Nur das Erste ist proletarische, das Zweite ist kapitalistische Lohnpolitik.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaftsbürokratie, SP, LP sucht den Schein zu erwecken, als ob sie die "gerechte Mitte" zwischen Lohn und Profit einhalte, um sowohl den Arbeitern, als auch den Kapitalisten oder wie sie es ausdrückt: "dem ganzen Volk zu dienen...

Die Lohnpolitik der Sozialpharisäer opfert immer wieder, gibt preis, verrät die Lohninteressen der Arbeiter, Angestellten den Profitinteressen der Ausbeuter. Der leitende Grundsatz der Lohnpolitik, ja der gesamten Politik der Gewerkschaftsbürokratie, SP, LP ist tatsächlich dieser:

Vor allem Sicherung des Profits der Lohn muss in den Schranken des Profits gehalten werden! Die Kunst der Sozialpharisäer besteht darin, die Arbeiter, Angestellten immer wieder zu täuschen, um sie weiter hinter den Sozialverrättern zu halten - trotz des Verrats.

Gewerkschaftsbürokratie, SP, LP treiben sozialpharisäische Lohnpolitik, das ist kapitalistische Lohnpolitik, bemäntelt, verschleiert, vernebelt durch schwindelsozialistische Phrasen und Tricks.

IV.

Das bedeutet keineswegs, dass proletarische Lohnpolitik im kapitalistischen Staat etwa die wechselnden Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz, des kapitalistischen Exports überhaupt nicht zu beachten hätte.

Wie die proletarische Politik überhaupt, so hat auch die proletarische Lohnpolitik im kapitalistischen Staat ihre grundsätzliche und ihre taktische Seite.

Die proletarische Lohnpolitik muss leitend ausgehen von den grundsätzlichen Lohninteressen, von den Klasseninteressen der Arbeiter, An-

gestellten in der Lohnfrage. Doch beim Verwirklichen dieser Grundsätze im praktischen Lohnkampf muss sie sehr wohl die nach Ort und Zeit wechselnden Bedingungen dieses Kampfes beachten, also auch die Konkurrenzbedingungen, Exportbedingungen.

Das grundsätzliche Lohninteresse ist und bleibt das Primäre, Grundlegende, Wegleitende, die wechselnden Kampfbedingungen, so wichtig sie sind, sind und bleiben dem gegenüber das Sekundäre, das dem Primären eingeordnet, untergeordnet werden muss!

Das wird zB bei der bedeutsamen taktischen Frage, in welchem Zeitpunkt den Lohnkampf am zweckmässigsten zu beginnen, eine wichtige Rolle spielen. Und erst recht bei der Frage, in welchem Zeitpunkt - unter Berücksichtigung aller konkreter Kampfbedingungen - den Lohnkampf zu beenden. Und insbesondere bei der Frage, wie weit - mit Rücksicht auf die Kampfbedingungen (insbesondere mit Rücksicht auf den konkreten Grad allfälliger Erschöpfung der Hilfsquellen, der Kampfkraft der Lohnkämpfer) ein dadurch etwa notwendig werdendes (also keineswegs faules!) Kompromiss einen Rückzug erfordert und in welchem Ausmass.

Bei der Sozialpharisäischen Lohnpolitik geht es nicht um realistische Taktik, sondern von vornherein um bewussten Verrat. Ihre "Verantwortungsbewusste Lohnpolitik" ist von Haus aus geleitet von Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Profit, gegenüber der Kapitalistenklasse, keineswegs aber vom Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Lohn, gegenüber den Interessen der Arbeiter, Angestellten, das ist der Arbeiterklasse. Die "verantwortungsbewusste Lohnpolitik" der Gewerkschaftsbürokratie, SP, LP stellt die Interessen der Kapitalistenklasse über die Interessen der Arbeiterklasse, stellt den Profit über den Lohn!

"Die Gewerkschaften haben sich... um Mässigung und Zurückhaltung der Lohnforderungen bemüht. Wir haben aber eine ähnliche Haltung der Unternehmer... in der vorhergehenden schweren Zeit vermisst" - verkündet der Sozialminister Maisel in der AZ am 20.11.52 - wahr gesprochen, leider sehr wahr. Jahrelang habt Ihr Sozialpharisäer die L

Löhne der Arbeiter, Angestellten bewusst niedergehalten zu Gunsten des Profits. Obwohl Ihr ein Entgegenkommen der Ausbeuter gegenüber dem Lohn vermisst habt - trotzdem habt Ihr stinkenden Verräter dennoch das "Mässigen und Zurückhalten der Lohnforderungen" fortgesetzt und setzt es auch heute fort - dies, obwohl auch in Oesterreich die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden, obwohl auch in Oesterreich die Profite gewaltig gestiegen sind!

Das "Mässigen und Zurückhalten der Lohnforderungen", das Verhindern, Bremsen, Abwürgen des Lohnkampf, im Interesse des Profits, im Interesse des Judaslohns, den Euch die Ausbeuterklasse für Eure Judasdienste zukommen lässt, im Interesse der Koalition der verkommenen Arbeiterbürokratie mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse - das ist die grundsätzliche Linie der Sozialpharisäer, der Böhm, Maisel & Co, der Waldbrunner & Co (der dieselbe Verratslinie in den verstaatlichten Betrieben betreibt), der Schärf, Helmer, Pollak & Co.

Sie sind bewusste Verräter, Judasse der Ausbeuterklasse im Lager der Arbeiterklasse für Judaslohn, Minister- und andre Posten mit allen möglichen beträchtlichen Vorteilen für ihre Person und ihre Sippschaft.

Das, was vor Jahren der Jesuit Kunschak mit der "Christlichsozialen Arbeiterorganisation" geleistet, diese Verräterrolle erfüllen heute die Sozialpharisäer, die Gewerkschaftsbürokratie, die SP, die LP. Dort wo Kunschak begonnen, dort enden heute die Sozialpharisäer: im Stefansdom, beim Pontifikalamt, beim Erzbischof... Sie sind Hilfswerkzeug der Kirche, des Instrumentes der Ausbeuterklasse zum Verblöden, Niederhalten, der Massen, um sie leichter, gründlicher ausbeuten zu können.

Die Gewerkschaftsbürokraten sind in Wahrheit Herrschher in den Gewerkschaften. Sie haben sich darin faktisch die Unabsetzbarkeit gesichert, wobei ihnen die kapitalistischen Herren den Rücken decken gegen die Arbeiter, Angestellten. Die Judasse bilden sich ein, die Arbeiter dauernd an der Nase führen und sie gewerkschaftlich weiter ausschmarotzen zu können.

Die Arbeiterklasse hat durch die

Schuld der schwindelsozialistischen Sozialpharisäer und der stalinbürokratischen Sozialgangster schreckliche Niederlagen erlitten. Noch heute leidet sie schwer darunter. Aber sie wird sich daraus erfangen, denn sie ist unersetzbar: sie wird das Spiel der Judasse durchschauen, immer mehr durchkreuzen und das Sozialung geziefer abschütteln, um den Schicksalskampf gegen die Ausbeuterklasse wieder aufzunehmen und, belehrt durch die bitteren Erfahrungen, zum proletarischdemokratischen Sieg zu führen.

V.

Wie steht es um die proletarische Lohnpolitik im proletarischdemokratischen Staat?

Hier sind, staatlich und wirtschaftlich, die Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern, Kleinbürger, diese gewaltige Volksmehrheit, unter Führung der Arbeiterklasse die entscheidende, die bestimmende und zugleich wirksam kontrollierende Kraft.

Hier sind sie die Herrn der Produktion. Hier erst haben sie in der Wirtschaft nicht nur die Lohninteressen sondern überhaupt die Interessen ihrers (proletarischdemokratischen!) Staates, ihrer (proletarischdemokratischen!) Wirtschaft zu vertreten.

Hier erst haben sie Recht und Pflicht, ihre Lohninteressen um Willen übergeordneter Interessen ihres Staates, ihrer Wirtschaft in Schranken zu halten. Sie tun das im klaren Bewusstsein der verschiedenen Rangordnung der Interessen, die ihr ur-eigenes Klasseninteresse umfasst. Dazu gehört aber auch das notwendige Mitberücksichtigen der Interessen ihrer Verbündeten, der Kleinbauern, Kleinbürger.

Es kann, es wird Lagen geben, wo sie Opfer werden bringen müssen, Opfer auch am Reallohn. Sie werden sie bringen. Aber sie selbst werden in voller Freiheit die Notwendigkeit prüfen, sie selbst werden darüber frei entscheiden, beschliessen und die Durchführung kontrollieren, überwachen.

VI.

Ganz anders bei der stalinbürokratischen Lohnpolitik in der entarteten SU und in den "Volksdemokratien". Beide sind gekennzeichnet vor allem dadurch, dass die - unter Führung der Arbeiterklasse - ent-

scheidende, bestimmende, kontrollierende Rolle der Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern, Kleinbürger ausgeschaltet, unterdrückt ist.

Nicht von den Interessen der Arbeiter, Angestellten, sondern von den egoistischen Interessen der stalinbürokratischen Revolutionschmarotzer, Sozialgangster ist die stalinbürokratische Lohnpolitik geleitet.

Riesige Opfer legt sie den Massen auf, ohne deren Zustimmung.

Die Opfer dienen nicht den Massen, sondern der stinkenden Stalinbürokratie und den neuen kapitalistischen Elementen, die sie in sich und um sich herum, zwar nicht absichtlich, aber als zwangsläufiges Ergebnis ihrer verräterischen Politik immer mehr heranzüchtet.

#### VII.

Auch in den verstaatlichten Betrieben betreiben die Sozialpharisäer dem Wesen nach kapitalistische Lohnpolitik.

Es ist bewusster Betrug zu behaupten, wie das die AZ am 14.5.53 tut, die Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben seien "Arbeiter im Dienste des Volkes". Die verstaatlichten Betriebe gehören nicht dem "Volk", sondern dem kapitalistischen Staat, sie werden für den Profit des kapitalistischen Staates betrieben, dieser Organisation zum Schutz der Klasseninteressen der Bourgeoisie gegen die Massen.

Waldbrunner ist Minister des kapitalistischen Staates Oesterreich. Er verwaltet diese Betriebe als Mitglied der Regierung des kapitalistischen Staates, er muss sie nach kapitalistischen Grundsätzen verwalten und tut das auch. Seine schwindelsozialistischen Phrasen, die er als Sozialpharisäer gebraucht, um die Arbeiter irrezuführen, dürfen die Arbeiter nicht täuschen!

Der oberste Grundsatz der Waldbrunnerschen Verwaltung ist derselbe wie in den kapitalistischen Privatbetrieben: möglichst grossen Mehrwert herausholen aus den Arbeitern der Staatsbetriebe und ihn in Geld, in Profit verwandeln für den Bourgeoisstaat. Stolz verkündet er, dass er bereits 8% Profit erzielt, wie die Privatbetriebe, und die Produktion noch mehr gesteigert hat als sie, also mit höherer Ausbeutungs-

4 räte produziert, als die kapitalistischen Privatbetriebe. Der Sozialpharisäer Waldbrunner lässt sich durch die privatkapitalistischen Ausbeuter nicht übertreffen.

#### VIII.

Schluss mit dem Sozialheuchlertum! Schluss mit der Sozialgangsterschaft! Schluss mit der Sozialschurkerei, Sozialgaunerei! Damit die Massen endlich wieder übergehen zum Kampf für ihre Klasseninteressen gegen die Ausbeuterklasse und gegen die politischen Parasiten, die der Bourgeoisie tatsächlich in die Hände arbeiten, und das durch schwindelsozialistische schwindelkommunistische Phrasen, Tricks verhüllen!

Die Arbeiter, Angestellten brauchen proletarische Lohnpolitik!

Dazu brauchen sie unumgänglich eine Partei, die zur obersten Richtschnur ihres Handelns hat in allen Fragen, auch in der Lohnfrage, die proletarischen Klasseninteressen.

Eine solche Partei ist nur die proletarischdemokratische Arbeiterpartei, weil in ihr Kraft der proletarischen Demokratie die klassenbewussten Arbeiter, Angestellten das entscheidende Wort haben und behalten.

Dazu brauchen sie die proletarischdemokratische Reform der Gewerkschaften, diese muss durch zähen, unnachgiebigen Kampf erkämpft werden!

15. Mai 1953

XX

### Sozialpharisäische Reklame für die kapitalistische Elektroanleihe

SP, AZ, Arbeiterkammer, Gewerkschaften rühren fleissig die Reklametrommel für die kapitalistische Elektroanleihe. Sie ködern die Arbeiter, Angestellten, die 5%ige Energieanleihe in Teilstücken zu S 200 oder S 1000 "bargeldlos" zu zeichnen: sie müssen sich "nur" bereit erklären, dass ihnen durch 18 Monate je 10% der gezeichneten Summe (vom Lohn, Gehalt) abgezogen werden (AZ 16.5.53).

Nun hat die SP ihren Waldbrunner vorgeschickt, damit er diese Reklame durchs Radio verstarke.

Die österreichische Elektrizitätswirtschaft sei heute Eigentum des

ganzen Volkes (d.h.: auch der Arbeiter, Angestellten...)

Waldbrunner lügt! Die österreichische Elektrizitätswirtschaft ist Eigentum des kapitalistischen Staates. Sie dient nicht dem österreichischen Volk, wie er weiter lügt, sondern dient dem Profit des Bourgeoisstaates, also der Kapitalistenklasse.

Es ist eine Unverschämtheit, von den österreichischen Arbeitern, Angestellten, deren Reallöhne, Realgehälter nicht ausreichen, ihre Familie ordentlich zu erhalten, zu verlangen, sie mögen kapitalistische Anleihe zeichnen!

Der Kapitalist - sei er Einzelperson oder Gruppe (zB AG) oder zum kapitalistischen Staat zusammengefasste Kapitalistenklasse - erweitert alte Betriebe, gründet neue Betriebe, um seinen Profit zu steigern. Aufgabe von Organisationen, die sich als Arbeiterorganisationen ausgeben, ist nicht, der Kapitalistenklasse beim Steigern des Profits zu helfen. Der Profit fließt den Kapitalisten zu, folglich ist es ihre Aufgabe, das hierzu notwendige Kapital aufzubringen. Und die österreichischen Kapitalisten sind dazu durchaus im Stande. Sie erzielen - dank der Sozialverräter - riesige Profite!

Die österreichische Kapitalistenklasse gründet neue Energiebetriebe, um ihre Profite zu steigern. Dass dadurch die Zahl der in der Elektrizitätswirtschaft beschäftigten Arbeiter, Angestellten wächst, benützen die Ausbeuter und ihre schwindelsozialistischen Zuträger zu der Lüge, es gehe der Kapitalistenklasse dabei um die "Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" - während dieselbe Kapitalistenklasse zu gleicher Zeit in andern Betrieben seelenruhig Kurzarbeit einführt, ja Arbeiter, Angestellte entlässt...

Immer wieder griffen besonders raffinierte Ausbeuter zu dem Trick, Arbeiter, Angestellte am Kapital des Betriebes zu "beteiligen", um ihre Widerstandskraft zu

schwächen, zu unterbinden und sie desto gründlicher auszubeuten.

Immer wieder hat bittere Erfahrung die Arbeiter, Angestellten belehrt, dass sie bei Kapitalbeteiligung draufzahlen. Diese Erfahrung wird Ihnen auch diesmal nicht erspart bleiben.

Diesmal wird dieses Betrugsmanöver noch raffinierter angepackt: SP, AZ, Arbeiterkammer, Gewerkschaften benützen den Deckmantel der "Verstaatlichung", um die Arbeiter, Angestellten über das kapitalistische Eigentum an diesen Betrieben und über die Tatsache zu täuschen, dass auch die verstaatlichten Betriebe im kapitalistischen Staat Oesterreich nach den Grundsätzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, des Profit systems, betrieben werden: durch gesteigertes Ausbeuten der Arbeiter, Angestellten zu Gunsten des Profits des kapitalistischen Staates, das ist letzten Endes der Kapitalistenklasse.

Die jüngste Erfahrung in Kapfenberg hat handgreiflich bewiesen, dass bei Nachlassen des Geschäftsgangs auch die "verstaatlichten Betriebe Waldbrunners" Kurzarbeit einführen, Arbeiter entlassen.

Was dann, wenn solche Arbeiter, Angestellte Energieanleihe gezeichnet haben? Das wird sie im Eventualfall nicht schützen vor Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit!

Und was dann, wenn das eintritt, bevor der Arbeiter, Angestellte, der kapitalistische Anleihe gezeichnet, die Raten noch nicht voll bezahlt hat und sie infolge Arbeitslosigkeit nicht bezahlen kann? Was dann?!

Es ist ein gefährliches Spiel, ein betrügerisches Spiel, das die Sozialpharisäer mit den proletarischen Interessen treiben. Sie entpuppen sich hier besonders krass als Köder, Zuträger, Preller im Dienst der kapitalistischen Ausbeuter. Der Tag wird kommen, wo die

